

«JA ZU EINER SMARTPHONE-FREIEN KINDHEIT IN DER PRIMARSCHULZEIT»

NEWSLETTER



LIEBE ELTERN

Diesen Sommer startete unsere Aktion «**Ja zu einer Smartphone-freien Kindheit**» an der Primarschule Uster. Die Aktion wurde an allen Elternabenden aller Schulstufen vorgestellt.

Mit unserer Aktion wollen wir als Eltern gemeinsam Verantwortung übernehmen – und unseren Kindern die Chance auf eine unbeschwerte, smartphonefreie Kindheit ermöglichen.

1

Gemeinsames Ziel

Verfolgen wir alle.
Eine gesunde
Entwicklung
unserer Kinder.

8

Schuleinheiten

Sind in Uster
an der
Aktion beteiligt.

400

Familien

Machen bereits
mit und legen den
Grundstein.

INHALT

Rückblick

Was wurde bisher
alles gemacht.
S.2

Wer macht mit

Eine Übersicht
der einzelnen
Schuleinheiten.
S.3

Warum mitmachen

Und wieso es so
wichtig ist.

Call to Action

Wie mache ich mit.
S.4

News aus aller Welt

Was geschieht
national und
international.
S.5

Smartphone als Weihnachtsgeschenk?

Wir zeigen bessere
Alternativen!

Ausblick

S.6

RÜCKBLICK

Im Frühjahr 2025 gründeten die Primarschulpflege und die Elternräte die Arbeitsgruppe «Smartphone-freie Kindheit» mit fünf Mitgliedern. Die Aktion ergänzt die Initiative «Go Offline» der Stadt Uster und die einheitliche Smartphone-Regelung für alle Schuleinheiten.

Folgende Punkte wurden dieses Jahr von der Arbeitsgruppe umgesetzt:

- Ausarbeitung Konzept und Freiwillige Erklärung
- Entwicklung von Handout und Newsletter
- Infoanlässe für Elternräte
- Referate von Kinderärztin Dr. med. Katharina Müller
- Elternabende & Infoanlässe für Eltern
- Mitwirken beim Präventionskonzept der Primarschule Uster, etc.

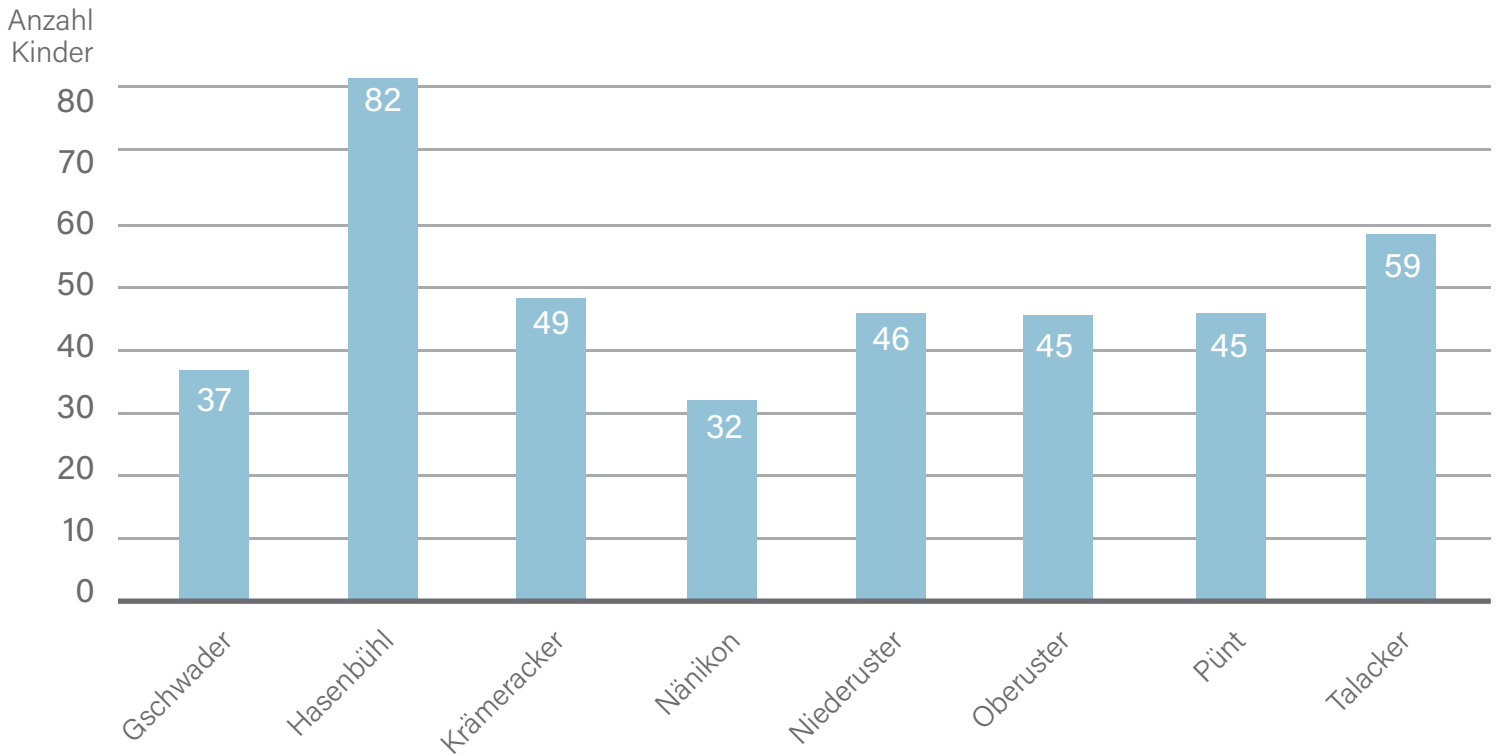
Vorgehen in Uster:

WO?	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In Familien ▪ In der frühen Kindheit 	In der Schule	In Familien
WAS?	Keine digitalen Medien bis 4 Jahre	Keine Smartphones erlaubt	Smartphone frei bis zur 6. Klasse
WER?	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadt Uster ▪ Primarschule Uster ▪ Gemeinden im Bezirk 	Primarschule Uster	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Elternräte ▪ Eltern ▪ Primarschulpflege

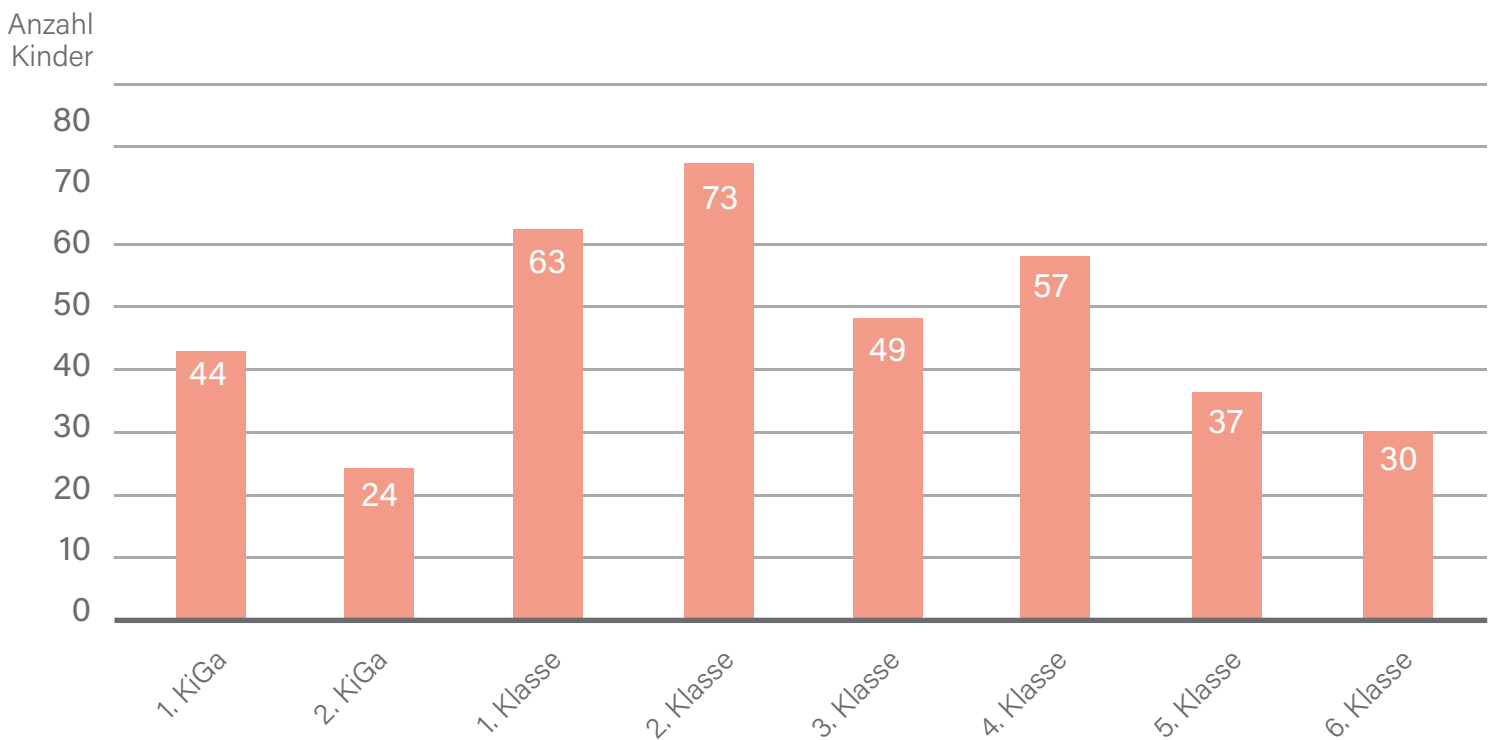
WER MACHT MIT

Für 399 Kinder wurde eine freiwillige Erklärung unterzeichnet. In den nachfolgenden zwei Grafiken ist die Verteilung der Kinder, bei welchen eine freiwillige Erklärung ausgefüllt worden ist, aufgeführt.

Auswertung nach Schuleinheiten



Auswertung nach Klasse



WIESO MITMACHEN

Warum es wichtig ist, dass alle mitmachen.



Je mehr Kinder mitmachen,
desto leichter wird es für alle.

Mach auch
Du mit!



NATIONALE UND INTERNATIONALE NEWS

Smartphonefreie Schulen

Was halten die drei neuen Aargauer Regierungsratskandidierenden von Handy-Verboten auf dem Schulareal?

Matthias Niederberger

In immer mehr Schulen verbieten die Lehrerinnen und Schüler das Smartphone – auch im Aargau. Erst waren es die Primarschulen, nun stehen die Oberstufen nach, im Schulfuss Regelstufe in Baden sind Smartphones seit Kurzem in den Gehäusen nicht mehr erlaubt. In Neuenhof müssen Smartphonebesitzer vor dem Betreten der Schulhäuser ausgecheckt werden, was sie nicht mehr als Lehrer sind.

Eine Lehrerin sagte gegenüber der «Schweiz am Wochenende», alle würden nur noch in ihre Geräte starren, der Blick sei unendlich geworden. Inwiefern der Handy-Konsum für die zunehmenden psychischen Probleme bei Jugendlichen verantwortlich ist, wurde wissenschaftlich noch nicht abschliessend geklärt.

Am 20. Oktober finden im Aargau Regierungsratswahlen statt. Martina Bircher (SVP), Ruth Mäti (Grüne) und Beat Flach (GLP) kämpfen um den frei werdenden Sitz von Bildungsdirektor Alex Hürzeler (SVP). Alle Wahrscheinlichkeit nach wird der neue gewählte Regierungsrat oder die neu gewählte Regierungsrätin das Bildungsdepartement übernehmen – und damit die Schulen unter sich haben. Was halten die drei Kandidierenden von Smartphone-Verboten?

SVP-Politikerin Martina Bircher begrüsst

Handy-Verbote

Als SVP-Politikerin setzt sich Martina Bircher normalerweise für Eigenverantwortung und gegen neue Regulierungen ein. Für die Forderung nach einem Smartphone-Verbot an Schulen hat sie aber Verständnis: «Die Handys sind ein Störfaktor im Unterricht. Ich finde es gut, dass Schulen Smartphoneverbote einführen, wenn es nicht mehr anders geht.»



Einige Schulen im Kanton Aargau haben den Handykonsum eingeschränkt, in anderen sind Smartphones komplett verboten.



Martina Bircher.



Ruth Mäti.



Beat Flach.

Der Entscheid soll ihrer Ansicht nach bei der jeweiligen Schule liegen. Eine kantonsweite Regelung hält Bircher für unrealistisch: «Die Schulen müssen das Verbot durchsetzen, deshalb sollen sie es auch selbst ausprechen», argumentiert sie. Ausserdem sei das Problem nicht überall gravierend und ein Verbot möglicherweise nur punktuell nötig. Befürworter wie Martina Bircher eine Verbotsempfehlung des Kantons. «So können den Schulen bei allfälligen Diskussionen mit Eltern der Rücken gestärkt werden», sagt sie. Aber auch die Eltern müssten in

der Pflicht, den Medienkonsum ihrer Kinder zu begrenzen und zu kontrollieren. Bircher hat selbst einen 6-jährigen Sohn, der zumeist den Kindergarten besucht. «Handys sind dort noch kein Problem. Als Mutter würde ich es jedoch begrüßen, wenn seine künftige Schule das Smartphone verbietet und damit einen ruhigen und störungsfreien Unterricht gewährleistet.»

Ruth Mäti fordert mehr Orte, an sich Jugendliche treffen können. Der Umgang vieler Jugendlicher mit dem Smartphone sei problematisch, findet Ruth Mäti von den Grünen. Durch den Konsum von TikTok, Instagram und Co. verdrängen «schädliche» Strukturen. «Viele Jugendliche sind überfordert, es ist wichtig, dass die Schulen eine klare Haltung haben», sagt sie. In der Vergangenheit sei man wohl zu optimistisch gewesen und habe zu fest daran geglaubt, den Jugendlichen einen verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien lehren zu können. Das gleiche Schulen Smartphone in den Gehäusen gleich ganz verbieten, findet sie deshalb in Ordnung. Mäti sagt

aber auch: «Die Schulen müssen Gestaltungsspielraum haben.» Denn nicht überall herrschen die gleichen Dynamiken. Eine flächendeckende Regelung hält sie nicht für zielführend, auch unterschiedliche Vorschriften für die Unter- und Oberstufe seien sinnvoll. Gegebenenfalls wären Empfehlungen seitens Kanton hilfreich, so Mäti.

Der Kanton muss diese Meinung nach vor allem niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebote stärken, etwas gegen lange Wartezeiten unterstützen und die Gemeinden müssen mehr Örtlichkeiten bieten. «Viele Jugendliche haben Platz haben und sich physisch austauschen können», sagt Mäti. Weiter sollten auch die Eltern ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen und konsequent die vereinbarten Handy-Regeln einfordern.

Beat Flach möchte

keine generellen

Smartphone-Verbote

Für GLP-Kandidat Beat Flach ist ein Smartphone-Verbot «Diktat Ratio», wie er sagt. «Ein solcher Schritt ist erst angebracht, wenn das Unterrichtsverhältnis nicht mehr erreicht werden kann. Ein generelles Verbot an Schulen halte ich für unangebracht.»

Die Schülerinnen und Schüler müssen den Umgang mit den Geräten lernen. Andererseits würden sie einfach ausweichen und den problematischen Konsum in die Freizeit verlagern, vermutet Flach. Lehrerpersonen sollen zudem nicht Polizeien spielen müssen. «Besonders, wenn man Handysucht und den Umgang mit den Geräten im Unterricht thematisiert. Verbotsempfehlungen des Kantons oder gar Vorschriften sind für Beat Flach der falsche Weg. Die sozialen Dynamiken in den Klassen setzen sehr unterschiedlich, deshalb brauche es auch unterschiedliche Massnahmen.



Schweiz

Der Bundesrat will die Rechte der Nutzer:innen im digitalen Raum stärken und grosse Kommunikationsplattformen sowie Suchmaschinen zu mehr Fairness und Transparenz verpflichten.

Seit Ende Oktober 2025 befindet sich der Gesetzentwurf zur Regulierung von Instagram, X, Google und weiteren Plattformen in der Vernehmlassung.

Auch spannend!



Dänemark

Der Bericht der dänischen Wohlfahrtskommission 2025 gibt Empfehlungen zum Medienkonsum junger Menschen.

Kernvorschläge:

- Verbot von Mobiltelefonen in Schulen und Kinderbetreuung
- Erstes Smartphone erst ab 13 Jahre
- Verantwortung der Technologieunternehmen stärken
- Eltern sollen Bildschirmzeit begrenzen und analoge Aktivitäten fördern

Hier lesen



USA

Tech-Konzerne klagen gegen Texas' App Store Accountability Act, ähnlich wie Gesetze in Utha und Louisiana, und nennen es ein verfassungswidriges «Zensurregime».

Das Gesetz, gültig ab 1. Jan. 2026 verlangt Altersprüfungen und elterliche Zustimmung für Minderjährige für die Nutzung von Social Media, Streaming- und sogar Bildungs-Apps.



EU

Tech-Konzerne klagen gegen Texas' App Store Accountability Act, ähnlich wie Gesetze in Utha und Louisiana, und nennen es ein verfassungswidriges «Zensurregime».

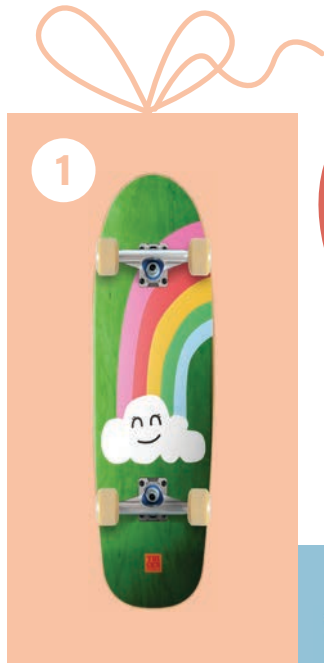
Das Gesetz, gültig ab 1. Jan. 2026 verlangt Altersprüfungen und elterliche Zustimmung für Minderjährige für die Nutzung von Social Media, Streaming- und sogar Bildungs-Apps.



Australien

In Australien werden ab dem 10. Dez. 2025 Altersbeschränkungen für die Nutzung von Social Media eingeführt. Personen unter 16 Jahren ist dann nicht mehr erlaubt, ein Konto zu erstellen oder zu behalten.

DIESE TABLETS KANN MAN MIT GUTEM GEWISSEN VERSCHENKEN



- 1** **STYLISCHES SKATEBOARD**
Das coolste aller Tablets!
- 2** **TABLET-HOLZPUZZLE**
Tetris geht auch analog.
- 3** **TANZMATTE - PARTYSPIEL**
Weil tanzen glücklich macht.
- 4** **BALANCIERBRETT**
Für ein besseres Körpergefühl.
- 5** **LED-LEUCHTTAFEL**
Z.B. zum Mangas zeichnen.

AUSBLICK

Auch im Jahr 2026 geht es weiter!
Ideen werden weiter ausgebaut,
Neues kommt hinzu:

- Gründung eines Vereins
- Durchführung von Veranstaltungen
- Jahresprogramm
- Kommunikation und Schnittstelle zu Sekundarschule
- Mitwirken bei laufenden Studien
- Sponsoring und Stiftungsanträge



Surf lieber
im Schnee als
im Internet!
En guäte Rutsch
is 2026!